Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,10 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabatt entfällt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 244 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 18 Oktober 1929

Wirtschaft ohne Raum.

Man kann sich auch in aller Höflichkeit, trotzdem aber mit nicht geringerer Deutlichkeit die Meinung sagen, selbst dann, wenn es sich dabei um Fragen handelt, die außerordentlich wichtig für Staat und Wirtschaft sind. So blieb man höflich, wurde aber doch recht deutlich in den Reden, die auf der Jubiläumstagung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller erst der preußische Ministerpräsident Braun, dann der Präsident des Vereins, Flinsch, gehalten haben. Braun verteidigte natürlich vor allem die sozialen Verpflichtungen des heutigen Staates im Interesse des Gesamtwohles, denen sich auch die Wirtschaft fügen müsse, nur durchaus nicht immer fügen wolle, dafür sich aber in Zeiten des Ungemachs rasch und gern an die Hilfe des Staates wende. Wenn andererseits der Staat von heute es als Pflicht empfinde, nicht bloß vor äußeren, politischen Krisen die Wirtschaft zu bewahren, sondern auch zu helfen, wo es ihm möglich ist, dann könne es natürlich nur dort geschehen, wo er nicht hinterher noch über Mangel an Anerkennung, Dankbarkeit und Treue klagen müsse.

Die leichten politischen Anspielungen des preußischen Ministerpräsidenten bewiesen allerdings schon, daß die Antwort auf die Pilatusfrage: Was ist nun Gesamtwohl? durchaus nicht ganz einhellig erfolgt. Natürlich zielt der Staat ebenso wie die Wirtschaft letzten Endes auch ab auf das Gemeinwohl — nur stellt man sich unter diesem Begriff auf beiden Seiten etwas anderes vor. Hatte z. B. Dr. Braun das Bestehen der Gewerkschaften als disziplinierten und wirtschaftswissenschaftlich geschulten Kontrahenten der Arbeitgeberseite gegenüber begrüßt und es bestritten, daß sie bei der Vertretung der Arbeiterinteressen „frivol oder leichtfertig vorgehen", so antwortete Präsident Flinsch darauf mit den Worten, die Führer der Lohn- und Gehaltsempfänger müßten endlich den Mut aufbringen, ihren Anhängern klarzumachen, daß unsere Volkswirtschaft sich nicht erholen kann, wenn nicht die Voraussetzungen dafür durch die Änderung der Steuergesetzgebung geschaffen werden. Auch Flinsch stellt sich natürlich auf den Standpunkt, das es nicht heißen kann: Staat oder Wirtschaft, sondern Staat und Wirtschaft, wobei der Politik die Führung obliegt. Doch nun kommt das „Aber". Nämlich: „Oberste Voraussetzung ist eine Politik, die die Wirtschaft leben läßt; das ist heute nicht der Fall." Und Flinsch wendet sich mit stark unterstrichenen Worten gegen die steuerliche Überbelastung, die schon vielfach so weit gehe, nicht bloß die Kapitalneubildung zu verhindern, also die Betriebsüberschüsse wegzunehmen, sondern sogar in die Substanz hinein. „Das System unserer Besteuerung ist nicht nur kapitalfeindlich — es ist volkswirtschaftlich unmöglich." Weitere Gefahren drohen dem wirtschaftlichen Aufbau namentlich in der Mittel- und Kleinindustrie außerdem durch die wachsende Konkurrenz der öffentlichen Betriebe und, kreditpolitisch, durch die Zusammenballungen der hierfür in Frage kommenden Institute zu Großkonzernen. All das schränke den Ertrag der Wirtschaft immer mehr ein und damit auch die Kräfte zum Tragen der Steuerlast.

Ihr diese Kraft zu erhalten und zu stärken — das müßte, wie Flinsch ausführte, der tragende Gedanke einer wirklichen Steuerreform sein. Die Steuern „müssen in der Wirtschaft erst einmal verdient sein und als entbehrliches Überschußkapital zur Verfügung stehen". Denn — so betonte Flinsch — eine steuerliche Überbelastung „kapitalsfeindlicher und volkswirtschaftlich unmöglicher" Art wendet sich schließlich in ihren Auswirkungen gegen diejenigen, zu deren „Besten" sie erfolgt. Weil sie die wirtschaftliche Grundlage aller, damit die Basis des Daseins erschüttert, einengt, brüchig macht. Und davon wird natürlich auch der Staat aufs stärkste berührt. So daß man in den Worten des Präsidenten Flinsch die Mahnung mitschwingen hört: Die Anforderungen, die der Staat an die Wirtschaft stellen darf und stellen soll, sozialpolitisch, steuerpolitisch usw., finden und müssen finden ihre Grenzen daran, daß nicht bloß die Substanz des Volksvermögens erhalten bleibt, sondern auch die Möglichkeit der Kapitalsvermehrung. Denn daran hängt ebenso das Schicksal des Einzelunternehmens wie der Gesamtwirtschaft, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, der Wirtschaft und des Staates.

Das Friedensdiktat von Versailles machte uns Deutsche zu einem „Volk ohne Raum", hat große Teile unseres Lebensraums von uns abgetrennt. So bleibt nur übrig, das auszunutzen, was uns blieb, und zwar so, daß der Wirtschaft breitester Raum dafür gelassen oder geschaffen wird.

Do X steigt heute Freitag mit 150 Fluggästen auf

Friedrichshafen, 17. Oktober. Die starken Nebel, die in der letzten Zeit auch tagsüber größere Flüge mit dem Großflugzeug „Do. X" verhindert haben, sind seit heute wenigstens über die Mittagsstunde verschwunden. Die Dornierwerke beabsichtigen deshalb am Freitag nachmittag zweimal einen größeren Flug durchzuführen. Das Flugschiff wird am Alteurhein mit 150 Fahrgästen aufsteigen. Außer einer größeren Anzahl Pressevertretern werden Werftangehörige das Flugschiff füllen. Der Flug wird insofern eine Rekordleistung darstellen, als noch nie eine so große Zahl von Menschen durch die Luft befördert worden ist.

Schlechte Prognose für den Arbeitsmarkt im Winter

Neuer Millionenbedarf der Versicherungsanstalt

Berlin, 17. Oktober. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich bereits am 17. Oktober mit dem neuen Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung und behandelte die ihm durch die Novelle zugewiesenen neuen Aufgaben. So faßte er die erforderlichen Beschlüsse zu den Fragen der Berufsüblichen Arbeitslosigkeit und trat in eine erste Aussprache über die Neuregelung der Versicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter ein.

In einem zusammenfassenden Bericht stellte Präsident Dr. Syrup die wichtigsten neuen Bestimmungen dar, die der Verwaltung eine Handhabe zur wirksamen

Bekämpfung mißbräuchlicher Inanspruchnahme der Versicherung

geben. Anknüpfend an die Darlegung der durch die Novelle geschaffenen Ersparnisse, die auf etwa 100 Millionen Reichsmark jährlich geschätzt werden können, gab der Präsident ein Bild der finanziellen Lage der Reichsanstalt. Danach werden sich

Einnahmen und Ausgaben etwa bis Anfang November die Waage halten.

Der in den Sommermonaten angesammelte Notstock von nur 28 Millionen Reichsmark dürfte voraussichtlich bis Mitte Dezember ausreichen. Das Beitragsaufkommen hat sich günstiger entwickelt, als seinerzeit bei der Vorbereitung des geltenden Gesetzes angenommen wurde, so daß die Reichsanstalt künftig etwa 850 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt aus eigenen Einnahmen tragen kann. Doch hat sich infolge der sehr ungünstigen Monate April und Mai die Durchschnittszahl für die letzten sechs Monate bereits auf 928 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht. Angesichts der vielen unübersichtlichen Faktoren, insbesondere der Witterung, der allgemeinen Konjunktur und des Kapitalmarktes ist eine einigermaßen sichere

Voraussage über die Belastung der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter kaum möglich.

Immerhin muß wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Ziffer von mindestens 1,55, wahrscheinlich aber von 1,8 Millionen unterstützungsberechtigter Arbeitsloser im Durchschnitt der Wintermonate erreicht werden wird. Der Betrag von 68 Millionen Reichsmark, der im Reichshaushalt für Darlehen an die Reichsanstalt noch zur Verfügung steht, wird daher bei weitem nicht ausreichen, vielmehr muß damit gerechnet werden, daß das erforderliche Darlehen bis zur Größenordnung von 200 bis 300 Millionen Reichsmark ansteigen kann.

Der Präsident richtete mit Zustimmung des Verwaltungsrates an die anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den dringenden Appell, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung bei ihren Beschlüssen der schweren Lage der Reichsanstalt Rechnung trägt.

Einsetzung des Sklarek-Untersuchungsausschusses.

Bürgermeister Schneider suspendiert.

Die Schwindelaffären der Gebrüder Sklarek werden jetzt auch parlamentarisch untersucht werden. Der Preußische Landtag setzte einen Sklarek-Untersuchungsausschuß ein, der 29 Mitglieder umfaßt. Der Antrag zur Einsetzung dieses Ausschusses ist von den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei ausgegangen. Ein solcher Untersuchungsausschuß muß eingesetzt werden, wenn er von mehr als einem Fünftel der Abgeordneten beantragt worden ist.

Inzwischen ist dem Berliner Bezirksbürgermeister Schneider in Vertretung des Oberbürgermeisters vom Bürgermeister Scholtz die weitere Ausübung der Amtsgeschäfte auf Grund des Disziplinargesetzes vorläufig untersagt worden. Die Bezirksversammlung, vor der sich Bürgermeister Schneider zu verantworten hatte, forderte ihn auf, angesichts der gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen sein Bürgermeisteramt niederzulegen. Dieser Aufforderung wollte Bürgermeister Schneider indessen nicht nachkommen, so daß sich Bürgermeister Scholtz zu seinem Schritt genötigt sah.

Dem Bürgermeister Schneider werden nicht nur seine Beziehungen zu den Sklareks zum Vorwurf gemacht, sondern darüber hinaus wird ihm auch vorgeworfen, daß er mit vielen anderen Personen, mit denen er amtlich zu schaffen hatte, „allzu gesellschaftlichen" Verkehr gepflogen hat. So soll er von dem Direktor eines der größten Berliner Warenhäuser, mit dem Schneider in zahlreichen Bausachen amtlich zu tun hatte, eine kostbare goldene Uhr erhalten haben.

Als Mitglied der Kunstdeputation entschied Schneider über den Ankauf von Kunstwerken und erhielt als Geschenk von einem sehr bekannten Bildhauer, der für den Bezirk Mitte einen großen Auftrag erhielt, eine Statue für seine Wohnung. Ähnlich liegt der Fall bei einem bekannten Maler, von dem er mehrere Bilder erhalten haben soll. Von einer bekannten Schuhfirma, die über die K. V. G. den Bezirk Mitte belieferte, erhielt Bürgermeister Schneider angeblich eine wertvolle Babyausstattung bei der Geburt seines Kindes zum Geschenk.

„Graf Zeppelins" Rückflug

Große Erregung in Breslau

Breslau. Da die Erregung des Breslauer Publikums in Erwartung des „Graf Zeppelin" einen Grad erreicht hatte, daß es schien, als wollte es das Flughafenkasino stürmen, wurde ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt, um den Platz vor dem Flughafen zu räumen. Gleichzeitig sandte der Polizeipräsident Thaiß an den Zeppelin folgendes Funktelegramm: „Gebet Antwort, ob mit Landung des Schiffes in Breslau heute noch zu rechnen ist, da Publikum unruhig. Polizeipräsident." Kurz nach 1 Uhr ging die Antwort ein: „Nein. Befinden uns bereits auf Heimfahrt, kurz vor Brünn." — Auch unter denjenigen, die im Breslauer Flughafen stundenlang warteten, um mitzufliegen, herrschte eine sehr erregte Stimmung.

Wien, 17. Oktober. Die Nachricht, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" von Schlesien auf dem Wege nach Friedrichshafen neuerdings Wien berühren werde, hat in der Stadt die größte Freude ausgelöst. Schon in den ersten Nachmittagsstunden hielten große Menschenmassen die Straßen und besonders die freien Plätze besetzt. Der Himmel war wolkenlos und man hofft auf gute Sicht. Wien wartete jedoch vergebens auf den Gast. Der Zeppelin der erst um 15.45 Uhr Brünn verlassen hatte, schlug den direkten Weg nach Friedrichshafen ein und ließ Wien links liegen, um jeden Zeitverlust zu vermeiden. Das Luftschiff nahm Kurs über Znaim und passierte um ungefähr 16.30 die österreichische Grenze mit dem Kurs auf Linz. Um 16.45 überflog es die Ortschaft Zwettl.

München, 17. Oktober. Nachdem das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 16.30 Uhr in langsamer Fahrt bei gutem Wetter ziemlich niedrig Linz überflogen hatte, passierte es um 17.50 Uhr die Gegend östlich der oberbayrischen Stadt Mühlberg und nahm Kurs auf München.

München, 17. Oktober. „Graf Zeppelin" traf um 18.28 Uhr über München ein. Das Luftschiff flog bei schneller Fahrt niedrig und nahm nach einer großen Schleife über der Stadt Richtung nach Friedrichshafen.

„Graf Zeppelin" glatt gelandet.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist um 21.04 Uhr auf der Rückkehr von seiner Balkanfahrt glatt gelandet.

Nur in die amtliche Liste eintragen!

Berlin, 17. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Es sind Bestrebungen im Gange, auf Gemeindebehörden in dem Sinne einzuwirken, daß die Listen zum Volksbegehren amtlich anerkennen, deren Eintragungen im Umhertragen von Haus zu Haus zustande gekommen sind. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nur solche Listen Gültigkeit haben, die in der amtlich vorgeschriebenen Einzeichnungsstelle beschrieben worden sind.

Das Volksbegehren.

Neuer Aufruf für das Volksbegehren. — Dr. Hugenberg in Kiel. — Badischer Staatspräsident Dr. Schmidt. — Aufruf gegen das Volksbegehren in Niederschlesien. — Die ersten Eintragungen.

Zur jetzigen Auslegung der Listen für die Einzeichnung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan erläßt das Präsidium des Reichsausschusses für das Volksbegehren einen neuen Aufruf. Der Aufruf sagt, das Volksbegehren wolle verhindern, daß mit Annahme des Pariser Tributplanes unerfüllbare Wechsel unterschrieben würden, und bezwecke eine völlige Abkehr von der erfolglosen Außenpolitik der letzten Jahre. Für den Abschluß schicksalsschwerer Verträge solle künftig das Handeln der entscheidenden Regierungsstellen unter besondere Verantwortlichkeit gestellt werden. Der amtliche Aufruf der Reichsregierung widerlege sich selbst. Mit dem Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold würden sich die Gerichte zu beschäftigen haben. Eine Nation, die ihre Lebensrechte verteidige, habe die Achtung der Welt. Deutschland solle wieder ehrlich und frei werden.

Der Vorsitzende des Reichsausschusses für das Volksbegehren, Geheimrat Hugenberg, hielt in Kiel die Hauptrede bei einer Kundgebung für das Volksbegehren. Er ging ausführlich auf den Unterschied zwischen Dawes-Plan und Young-Plan ein und betonte, wenn der Young-Plan in Kraft trete, so habe das Ausland die Deutschen wieder völlig in der Hand und könne wirtschaftspolitisch verlangen, was es wolle. Dr. Hugenberg schloß mit der Aufforderung zur Eintragung in die Listen für das Volksbegehren, das einen Ansatz für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes bedeute.

Der badische Staatspräsident Dr. Schmidt sprach im Rundfunk zu Young-Plan und Volksbegehren. Die Stellungnahme für den Young-Plan und gegen das Volksbegehren ergebe sich nicht bloß aus den finanziellen Erleichterungen, die der Young-Plan bringe, sondern auch aus dem Verlangen, daß endlich das besetzte Gebiet, der Rhein und die Saar einschließlich Kehl frei würden, daß die Welt befriedet werde und Deutschland wieder seine volle Souveränität erlange. Das Volksbegehren, d. h. die Politik der Gewalt, führe uns ins Elend.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF